

KÖLN

KOMMENTAR

Mit Kanonen auf Spatzen

von
MANFRED
REINNARTH

Niemand darf wegschauen, wenn er meint, dass dem Nachbarn Unrecht geschieht! Aus gutem Grund lernen Kinder in Deutschland sehr früh, Fragen zu stellen und Dinge nicht so hinzunehmen, wie sie vorgegeben scheinen. Es ist der Erfolg einer solchen Erziehung, wenn Kinder, wie gestern im Ausländeramt, nachfragen, wo „plötzlich verschwundene“ Spiel- und Klassenkameraden geblieben sind. Im Rechtsstaat steht jedem Staatsbürger – auch Kindern – eine Antwort

zu. Sicherlich ist es schwierig, Kindern zu erklären, warum Kriegsflüchtlinge zunächst geduldet, mit viel Geld integriert und nach Jahren ganz plötzlich abgeschoben werden können – vielleicht sogar müssen. Die Türen eines Amtes zu verriegeln, die Polizei zu rufen, Kinder anzurufen, nachdem sich die Eltern angemeldet hatten, ist mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Wie soll ein Kind da Vertrauen zur Politik gewinnen und die Polizei als Freund und Helfer ansehen?!

Bekanntnis zu mehr Freiheit

Junge Unternehmer tagen in Köln: Scharfe Kritik an „Heuschrecken“-Debatte und Mindestlohnregelung

Die viel beschworenen Heuschrecken krabbelten zu Beginn der Veranstaltung überlebensgroß über die Videoleinwand. Und damit war Karoline Beck, Vorsitzende des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU), sofort beim Thema: Bei der Eröffnung der diesjährigen BJU-Jahresversammlung im Radisson SAS Hotel an der Messe übte sie scharfe Kritik an der von SPD-Chef Franz Müntefering losgetretenen Kapitalismusdebatte, bei der Unternehmer als „Heuschrecken“ verunglimpft wurden. Statt sich den aktuellen

wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen zu stellen, diffamiere die Politik pauschal Selbstverantwortung und freies Unternehmertum. „Diese Neiddebatte wird im Ausland als verheerendes Investitionshemmnis gewertet“, schrieb Beck der rot-grünen Bundesregierung ins Stammbuch. Man brauche „keine Moralapostel und Kammerjäger“. Die jungen Unternehmer seien sich ihrer Verantwortung auch so bewusst: „Aus Gewinnen Arbeitsplätze und Werte zu schaffen, ist für uns eine Selbstverständlichkeit.“

Während Deutschland dringend Visionen brauche, um im internationalen Wettbewerb zukunftsfähig zu sein, biete die Politik „Mottenkugeln“ wie Mindestlohnregelung und Anti-Diskriminierungsgesetz. Sie forderte von der nächsten Bundesregierung „grundlegende Reformen“ statt weiterer Reglementierungen: „Innovation wird nur durch Freiheit gefördert.“ Deutschland brauche mutige, innovative und risikofreudige Unternehmer, betonte der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Schäuble als Gastredner. (gt)

Flora-Pächterin legte Berufung ein

Flora-Pächterin Rita von Borries hat laut Rechtsamt in der Räumungsklage, die die Stadt beim Landgericht Köln in erster Instanz gewonnen hatte, Berufung beim Oberlandesgericht eingelegt. Die Stadt hatte den Erbaurechtsvertrag mit Rita von Borries gekündigt und Räumungsklage eingereicht, weil sie laut Verwaltung 400 000 Euro Erbbauzins für 2004 und 2005 sowie eine Bankbürgschaft über 240 000 Euro schuldig geblieben war. Von Borries dagegen beruft sich darauf, aus einem früheren Mietverhältnis noch Ansprüche gegenüber der Stadt zu haben. (KE)

Neuer Dezernent auch von OB gefordert

Für Förderung der Wirtschaft

Köln soll möglichst bald einen Wirtschaftsdezernenten bekommen. Eine entsprechende Vorlage bereitet OB Fritz Schramma zur Zeit für die erste Ratssitzung nach der Sommerpause vor. In der Vergangenheit hatten Politiker, aber auch Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften auf die Schaffung eines Wirtschaftsdezernates gedrängt. Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD ist das zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen, weil man angesichts knapper Kassen die Zahl von sieben Dezernenten nicht erhöhen wollte. Die SPD hatte kürzlich jedoch vorgeschlagen, den Plan sofort umzusetzen.

Schramma teilte gestern mit, RP Jürgen Roters habe keine Einwände gegen eine vorübergehende Erhöhung der Dezernate. Die Amtszeit von Gesundheitsdezernentin Dr. Ursula Christiansen läuft im September 2006 aus, so dass sich die Zahl dann wieder auf sieben reduziert. Ihre Aufgabengebiete sollen auf die anderen Beigeordneten aufgeteilt werden. Der Oberbürgermeister plädiert dafür, im Wirtschaftsdezernat die Aufgaben „Standortmarketing, Akquise, Betriebsservice, One-Stop-Agency, Liegenschaften, Arbeitsmarktförderung, Medienstabsstelle und Wirtschafts- und Strukturentwicklung“ zu bündeln. (hap)

Polizeischutz für die Amtsleiterin

Grundschnler fragten im Ausländeramt nach „verschwundenen“ Kameraden

von MANFRED REINNARTH

Sunica Selistarevic (10) und ihr Bruder Jovica (6) werden am frühen Morgen in Dellbrück aus den Betten geholt, dürfen maximal 20 Kilogramm ihrer Habe einpacken und werden mit ihren Eltern weggebracht. Ein Vorgang, der aus Sicht der abschiebenden Behörde „ganz normal“ ist, aber für die Klassenkameraden der beiden aus Serbien stammenden Roma-Kinder nach Erklärung verlangt. Dagmar Dahmen, Leiterin der Ausländerbehörde, sollte sie ihnen geben.

Mit Fotos, Briefen und Transparenten zogen die Jungen und Mädchen unter Aufsicht von Eltern und Erziehern zu dem Amt in Kalk. Dort trafen sie auf eine Festung ohne Ausschilderung und ein Angebot der Polizei, dem stellvertretende Leiter des Ordnungsamtes, Hubertus Tempski, vorgab: „Wenn der Groll gegen Frau Dahmen eskaliert, werde ich vom Hausrecht Gebrauch machen. Ich bitte Sie, die ‚Veranstaltung‘ dann zu beenden.“ Laut Einsatzleiter Andreas Brook ist die Amtsleiterin „schon mal angegriffen worden“. Ihr Büro sei „erstürmt“, es seien „vehement Flugblätter ausgelegt worden“. Er zog sich nach der Feststellung der Personalien einer Mutter zurück. Schließlich durften die im Flur vom Hauspersonal angeranzten Kinder doch ihre Briefe vorlesen. Dahmen will Briefe, die an die ehemaligen Mitschnler gerichtet sind, weiterleiten, die



Mit Transparenten forderten Grundschnler die Rückkehr ihrer abgeschobenen Schulkameraden. (Foto: Hanano)

anderen zu den Akten geben. Kinder, Eltern und Erzieher appellierten an das Herz der auf Paragrafen pochenden Beamten und zeigten auf, wie Politik gegeneinander arbeitet: Viel Geld werde in Integration gesteckt, doch nach Jahren werde abgeschoben.

Schilder und Briefe charakterisierten die beiden Roma-

Kinder als „liebe Freunde“ und „gute Schüler“. Tempski hielt den Eltern vor: „Sie tragen durch ihre Wahlentscheidung die Verantwortung. Mein Herz spielt hier keine Rolle!“ Dagmar Dahmen verglich ihre Rolle mit der einer Klassenlehrerin, die manchmal eingreifen müsse. Sie sei sicher, dass über die Abschiebung der

Familie Selistarevic korrekt entschieden wurde. „Es gab weder Willkür noch Versäumnisse.“ Laut Anwalt wurde die Krankheit des Vaters nicht berücksichtigt: eine „Verletzung der Amtsermittlungspflicht“.

Die Eltern gewannen zwar den Eindruck, dass Familie oder Anwalt eine Frist zur Duldungsverlängerung ver-

säumten, wollen aber die Rückkehr der Freunde ihrer Kinder. Ein Asylantrag hat eine Abschiebung nach Franje im Kosovo-Grenzstreifen zunächst verhindert. Die Familie wartet in Karlsruhe auf Bescheid. Der Vetter und seine Familie in Stammheim fürchten ebenfalls um ihre weitere Duldung. ► KOMMENTAR

Schnellere Abläufe in der Arbeitsagentur

Zahlreiche Anliegen können jetzt telefonisch geklärt werden – Termine für Vermittlung und Beratung

von SUSANNE HAPPE

Schneller, einfacher, effizienter ist die Devise in der Agentur für Arbeit. Eine Neuorganisation soll die Kundenschaft zufriedener stellen, und das zeichnet sich zwei Wochen nach Einführung auch schon ab, betonte gestern Peter Welters, Chef der Agentur. Beim Empfang, aber auch in der neuen Eingangszone können an Infoschalern bereits zahlreiche Fragen geklärt werden.

Vieles kann man nun auch telefonisch erledigen: Im neuen Service-Center nehmen 80



Wegweiser: In den ersten Wochen werden die Kunden am Eingang in Empfang genommen und weiter geleitet. (Foto: Ohlig)

Mitarbeiter Anrufe entgegen. Im Gegensatz zu früher liegt die Erreichbarkeit jetzt bei 70 Prozent. Das Service-Center ist von montags bis freitags von 8 bis 18 Uhr besetzt; Rufnummern: (0221-) 9429-3601 oder 9429-2601.

„Bis zu 70 Prozent der Anliegen unserer Kunden können auf diese Art telefonisch erledigt werden“, berichtet Roswitha Stock, Geschäftsführerin operativ bei der Agentur. Gleichzeitig wird mehr Zeit für Beratung und Vermittlung gewonnen. Für solche Gespräche muss nun ein Termin ver-

einbart werden. Auch das kann man über das Service-Center machen. Im Juni gingen dort 100 000 Anrufe ein.

Wer sich neu arbeitslos melden muss, der füllte früher seinen Antrag aus und erfuhr dann zu einem späteren Zeitpunkt ob er Anspruch auf Arbeitslosengeld hatte. Heute wird ein Termin vereinbart und die Informationen können zu 80 Prozent noch am gleichen Tag gegeben werden. Von der Umorganisation profitieren 20 000 Hilfesuchende, 50 000 weitere werden von der Arge betreut, der Arbeitsge-

meinschaft von Stadt und Agentur. Auch da gebe es in der Organisation noch viele Probleme, betonte Welters. Derweil hat die sich die CDU dafür stark gemacht, die gleichberechtigte Partnerschaft von Stadt und Agentur in der Arge fortzuführen. Die Bundesagentur für Arbeit will der Stadt mehr Verantwortung übertragen. Darin sieht die CDU den Versuch, die Betreuung Langzeitarbeitsloser auf die Kommune zu verlagern. Damit könne sich „Köln auf keinen Fall einverstanden erklären“.